

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1849

25.4.1849 (No. 97)

Karlsruher Zeitung.

Mittwoch, 25. April.

N. 97.

Vorauszahlung: jährlich 8 fl., halbjährlich 4 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 8 fl. 30 kr. und 4 fl. 15 kr.
Einschickungsgebühr: die gespaltene Peltzelle oder deren Raum 4 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14., wofür auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1849.

Karlsruhe, 24. April.

Der königlich niederländische Ministerresident am Großherzoglichen Hofe, Herr Ritter Travers, hatte gestern Mittag um 1 1/2 Uhr die Ehre, in einer Privataudienz Seiner königlichen Hoheit dem Großherzog seine nach dem Regierungsantritt Seiner Majestät des Königs Wilhelm III. der Niederlande erneuerten Kreditivnote zu überreichen, und nachher zur Großherzoglichen Tafel gezogen zu werden.

Karlsruhe, 24. April.

Durch höchsten Befehl vom 17. April d. J., Nr. 20, wurde der in Ruhestand befindliche Gendarmereitmeister von Chastellain in die Suite der Keiterei verfest.

Deutsche Reichsgewalt.

Das Reichs-Gesetzblatt vom 23. April enthält folgende Verordnung:

Der Reichsverweser, auf den Vortrag der Reichsminister des Krieges und des Handels, verordnet wie folgt:

§ 1. Für die Dauer des gegenwärtigen Krieges mit Dänemark wird der Verkauf, die Ausfuhr und Durchfuhr von Waffen, Pulver, Munitionsgegenständen aller Art, Pferden, und Schiffbauholz nach Dänemark im ganzen Umfange des deutschen Gebietes verboten.

§ 2. Diese Verordnung tritt überall unmittelbar mit dem Erscheinen derselben in Kraft.

§ 3. Die Reichsminister des Krieges und des Handels sind mit der Vollziehung dieser Verordnung beauftragt.
Frankfurt, den 22. April 1849.

Der Reichsverweser:

Erzherzog Johann.

Die interimistischen Reichsminister

des Krieges: v. Peucker, des Handels: Duclawig.

Armeebericht aus Schleswig-Holstein.

(Aus dem amtlichen Theile der Obergarnisons-Zeitung.)

Aus den weiteren Berichten des kommandirenden Generals über die am 13. d. M. bei der Erstürmung und Behauptung der verschanzten Höhen bei Düppel stattgefundenen Geschehnisse geht hervor, daß die beiden k. sächsischen Batterien (eine 6-Pfünder und eine 12-Pfünder) dadurch, daß solche gegen die mit schwerem Schiffskaliber besetzten Küstenbatterien von Allen aufzuführen, und demnach noch durch eine in ihrer Planke erscheinende 12-pfündige Feldbatterie des Feindes beschossen wurden, in ein sehr heißes und an Kräften völlig ungleiches Gefecht verwickelt worden sind, in welchem zwei Geschütze demontirt wurden, ein 12-pfündiges Geschütz in einen Sumpf gerieth, und demnach alle drei Geschütze nach Beendigung des darauf folgenden Plänklergefechtes auf demjenigen Terrän liegen blieben, welches zwischen der diesseitigen und der feindlichen Aufstellung befindlich war, und unter dem unmittelbaren Feuer der Küstenbatterien lag. Da eine beabsichtigte Unternehmung, diese Geschütze bei einbrechender Dämmerung zurückzuholen, nicht rechtzeitig ausgeführt wurde, so erhielt der Feind Gelegenheit, die Dunkelheit der Nacht zu benützen, um die Rohre der beiden demontirten Geschütze zu holen, wogegen das in dem Sumpfe verfunkenen Geschütz demnach von den diesseitigen Truppen wieder ausgehoben und zurückgebracht wurde.

Deutsche Reichsversammlung.

Frankfurt, 23. April. Die Paulskirche ist noch leerer, als gestern. Abermals wird der Austritt mehrerer österreichischen Mitglieder (v. Streinayr, Nabl, Grizner, Malley, Werner, und Berger aus Wien) verlesen.

Nach der Mittheilung eingelaufener Flottenbeiträge interpellirt Bogt, ob es wahr sey, daß das preussische Ministerium gegen den Einmarsch von Truppen in Jütland Verwahrung eingelegt habe. Darauf stellt Simon von Trier die Anfrage, weshalb die württembergischen Truppen aus Baden zurückgezogen seyen. Ministerpräsident v. Gagern stellt Bogt's Behauptung in Abrede; vielmehr denke die Centralgewalt wie das preussische Kabinett den Krieg energisch fortzusetzen. Kriegsminister v. Peucker erklärt, das Reichsministerium habe keinen Befehl zum Rückmarsch der württembergischen Reichstruppen erteilt, dagegen einen Offizier abgesandt, sich über den Sachverhalt zu erkundigen. Grävell beantragt, alle österreichischen Deputirten endlich bis auf weiteres auszuschließen, oder höchstens als Zuhörer zu betrachten und ihnen abgesonderte Ehrenplätze einzuräumen.

Die preussische Partei zeigt sich heute sichtlich verstimmt, da von Berlin die Nachricht von erneuerter Ablehnung der Reichskrone von Seite des Königs, dem der Rath seines Ministeriums zur Seite steht, eingelaufen ist.

Auf der Tagesordnung steht der Bericht des Dreißiger-Ausschusses. Es werden Anträge über Anträge angezeigt; so von Grävell, v. Linde, Hermann Müller, Schulz von Darmstadt, Culmann und Genossen, und Sepp. Letzterer beantragt: Da nach der Erklärung Gagern's das deutsche Reich ein Erbreich gewesen, die letzte Kaiserdynastie

aber noch nicht erloschen sey, möge die Nationalversammlung beschließen, die Dynastie Hohenzollern dann zur Kaiserwürde zu erheben, wenn Habsburg in all seinen Linien ausgestorben seyn werde. (Allgemeine Heiterkeit.)

Die Rednerliste ist: Gegen den Ausschufsantrag, Gagern, Heckscher, Schmidt von Löwenberg, Bogt, Wichmann, M. Mohl, Schloßel, v. Radowig, v. Bally, Fröbel, Culmann, Löwe von Calbe, Nauwerck, Reichensperger, Schüler von Jena, Degenfolb, Würth von Sigmaringen, Umbshelden ic. Für denselben: Münch, Welcker, Plathner, Kugen, Grävell, Mathy, Biedermann, Kosman, Baffermann, Freudentheil, Franke, Bedekind, Stahl, Mathies, R. Mohl ic.

Kierulff nimmt als Berichterstatter der Majorität des Ausschusses das Wort und weist auf die bedeutungsvolle, bisher einzige Erscheinung hin, daß die Linke jetzt mit der Rechten konspirire. Man dürfe die Ablehnung der Krone nicht gleich für ausgemacht halten; doch möge dem Parlament mehr daran liegen, die Verfassung, wenn auch ohne die Kaiserkrone, aufrecht zu erhalten. Preußen erkläre sich nicht, weil die übrigen Könige sich nicht erklären, und umgekehrt, — und doch solle bald der Reichstag durch den Kaiser einberufen werden. So sey man in schlimmer Lage. Man müsse endlich eine peremptorische Frage an die Könige stellen, und wenn sie ablehnen, sich mit den Vertretern an den einzelnen Landtagen gegen die Widerstrebenden verbinden. Es sey den Königen die Annahme nahe zu legen, doch nicht in dem Sinne, als ob sie das Recht der freien Wahl hätten (?); Gewalt aber, wie das Minoritätsvergehen von Simon von Trier vorschlägt, könne man nicht anwenden.

Heckscher erhält das Wort, und verteidigt um so mehr, als die Kaiserkrone abgelehnt worden, seinen früheren Antrag auf Herstellung eines obersten Bundesdirektoriums. Gagern's Programm sey unausführbar; wir müßten eine zweite Revolution machen, um die Verfassung durchzuführen, und alle Verhältnisse umkehren, um einen Einheitsstaat zu schaffen. Statt Macht und Einheit bringe diese Verfassung Zwiespalt und Dummheit nach innen und außen, und statt Wohlstand — Verarmung. Ein übermäßiger Militäretat müßte Kleindeutschland erschöpfen. Die großdeutsche Neuerungskommission habe das zu vermeiden gesucht, und um Aufklärungen zu geben und zu nehmen, sey ihre Deputation in Wien gewesen. Sie habe Oesterreich die Gefahr vorgestellt, wenn es nicht auf die föderative Verfassung eingehe. Man habe keinen Kaiser: — wo also den Verfassungsparagraphen gegen die Salus publica aufrecht erhalten? Dadurch gefährde man auch den übrigen Theil der Verfassung.

Die deutsche Einheit hänge nicht an dem Kaiser, der es noch dazu nicht seyn wolle. Zudem er so spreche, habe er den König von Preußen auf seiner Seite. Die kleindeutsche Partei habe, um sich numerisch zu verstärken, fast republikanische Bestimmungen adoptirt. Das beschränkte Veto stimme auch nur zum Bundesstaat und Direktorium, wo die Zentralregierung eine delegirte sey. Man wisse nicht, was man sage, aber sage nicht, was man wisse, wenn man die Wiederherstellung des alten Bundestages zu besorgen vorgebe. Ja, sage man, Preußen unterwerfe sich auch dem Direktorium nicht: — aber warum folgere man, daß man es darum an die Spitze stellen, und Oesterreich, das sich dem Direktorium unterwerfe, ausschließen müsse?

Er (Heckscher) habe keine Abneigung gegen Preußen; er habe im Malmer Waffenstillstand sich für dasselbe geopfert. Er selbst habe mit seinen Freunden Preußen vorerst den Vorsitz im Direktorium zuerkennen wollen. Ein Bundesstaat könne nur durch Vereinbarung zu Stande kommen. Man habe unrecht gethan, sich dagegen aufzulehnen; er sage dies sich selbst. Jetzt warte man ja auch auf die Vereinbarung der sechs größeren Fürsten. Aber einem Schulbegriffe zuliebe werde man keinen Bürgerkrieg führen.

Der Redner rechtfertigt sich gegen Geschichtsfälschungen in einem früheren Vortrage von Wais. Unsere jetzige Verfassung scheitere an den Verhältnissen. Die Reichsversammlung möge sich vertragen oder den Reichstag einberufen.

Nachdem Münch den Ausschufsantrag empfahlen und Schmidt von Löwenberg für nochmalige Verathung der Oberhauptfrage gesprochen, nimmt Welcker das Wort. Wir glaubten am Ende zu seyn, jetzt stehen wir wieder am Anfang der Revolution. (Zuruf: Das ist mit Ihre Schuld.) Wir müssen jetzt alle Parteiunterschiede aufgeben, um die Ehre des Parlaments zu retten. (Aberdings.) Erst hieß es Eile mit der Verfassung, jetzt Weile, daß wir nicht auseinander gehen.

Die beschlossene Verfassung sey das Heiligthum der Nation; dafür müsse man sterben, ob die Fürsten gut oder schlecht dafür berathen seyen. Auf die Gefahr hin, als alter Lehrer des Staatsrechts Bankrott zu machen, erkläre er, die beantragte Verfassung sey in den bestehenden Zuständen die beste für Fürsten und Volk, die es gebe. Beamtenkorruption sey dabei nicht möglich; auch fehle es am Hauptmittel. (Zwischenruf: Geld? Gelächter.) Das Volk müßte erbärmlich seyn, das mit dieser Verfassung nicht auskomme. Früher hatten die Fürsten auch nicht mehr politische Rechte; höchstens, daß sie das Volk treten durften, wie sie wollten. (Bravo!) Der politische Verstand werde alle Tage größer. (Gelächter.) Der Professorenverstand scheine aber jetzt

in die Kabinette gefahren zu seyn. Man habe vor und nach Karl dem Großen gar manchen Fürsten abgesetzt; ein absolutes Veto würde auch nicht verhüten, daß ohne Nachgeben die politischen Dämpfe die Staatsmaschine sprengten.

Von allen irdischen Gütern sey das höchste nicht Leben, nicht Familie, nicht Heimath, sondern das große Vaterland. Oesterreich habe das aufgegeben.

Wir stehen an der Schwelle des Kampfes der deutschen Volksfreiheit mit falsch verstandener fürstlicher Souveränität, dem göttlichen Recht der Könige des Rheinbundes. Alles steht für sie auf der Spitze, wenn sie in diesem Kampf auf Leben und Tod nicht nachgeben. Nicht Adressen noch Kammererklärungen bestimmen mich, sondern daß diese Verfassung der einzige Faden aus dem Labyrinth ist: — wir haben keinen zweiten König von Preußen. An den Fürsten ist's, die Revolution zu schließen, nicht sie zu erneuern. (Bravo!)

Nächste Sitzung: morgen; Fortsetzung der heutigen Verathung.

Frankfurt, 24. April. In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung wurde gleich nach der Eröffnung folgender Antrag Wischer's von Tübingen einstimmig unter lautem Beifall zum Beschluß erhoben:

- 1) Die Nationalversammlung beschließt sofort: Die württembergische Kammer der Abgeordneten, insbesondere durch ihren Beschluß vom 22. April, so wie das württembergische Volk überhaupt, entsprechen mit dem in den letzten Tagen gezeigten entschiedenen Festhalten an der deutschen Reichsverfassung den Erwartungen und dem Willen der deutschen Nation.
- 2) Die Nationalversammlung setzt von dieser Erklärung durch Vermittlung des Präsidiums genannter Kammer der Abgeordneten diese selbst, so wie das württembergische Volk überhaupt, in Kenntniß.

Frankfurt, 23. April. (Frankf. Z.) Die hiesige Presse beschäftigt sich in jüngster Zeit viel mit Hrn. v. Schmerling. Bald war er in Berlin, dann war er auf ein Landgut nach Obergösterreich gereist, plötzlich aber erschien er in Stuttgart, und er war es, der, wie die Obergösterreich-Zeitung berichtet, den König zu dem Entschlusse des Widerstandes gegen die Verfassung bestimmte. An allen diesen Erzählungen ist kein wahres Wort. Hr. v. Schmerling war weder in Berlin noch in Stuttgart. Er war nur überhaupt zwei Tage von hier abwesend, und zwar in Karlsruhe. Er hatte die Pflicht zu erfüllen, dem Großherzoge von Baden, der ihm schon vor mehreren Wochen, als Zeichen des Dankes und der Anerkennung für die als Reichsminister in den Septembertagen v. J. um das deutsche Vaterland erworbenen ausgezeichneten Verdienste, die Insignien des Hausordens der Treue übersendet hatte, dafür persönlich seinen Dank auszusprechen. Das war der Zweck der Reise nach Karlsruhe.

In wohlunterrichteten Kreisen wird behauptet, eine abermalige, durchaus definitive Ablehnung der Kaiserwürde sey von Berlin bereits hier eingetroffen.

Frankfurt, 23. April. (D. P. A. Z.) Wie wir eben aus sicherer Quelle hören, hat Hr. Camphausen, sobald ihm die Erklärung des Ministers Brandenburg vom 21. d. M. bekannt geworden, seine Entlassung genommen.

Die Bewegung in Württemberg.

Stuttgart, 23. April. Der heutige Tag sieht Stuttgart ohne die königliche Familie, welche (der König heute vor Tagesanbruch) die Residenz nach Ludwigsburg verlegt hat, wo heute Abend eine Musterung der Besatzung im Schloßhof stattfinden soll. Die hiesige Besatzung soll Befehl haben, im Falle ungesetzlicher Austritte in der Stadt sich nach Ludwigsburg zu ziehen.

Heute Abend beschloß die Kammer einstimmig, die Minister aufzufordern, im Laufe des morgenden Tages sich nach Ludwigsburg zu begeben, um eine definitive Erklärung von dem König wegen seiner Unterwerfung unter die Reichsversammlung zu verlangen, und davon das Bleiben der Minister oder ihr schließliches Abtreten abhängig zu machen.

Tritt das Ministerium ab, so haben wir den Revolutionszustand. Für diesen Fall traf die Abgeordnetenkammer bereits Anstalt, das Ruder in die Hand zu nehmen, zu welchem Zwecke sie, gewissermaßen um permanent zu seyn, einen Fünfzehnerausschuß ernannte, in welchem 5 Männer der gemäßigten Partei, 5 von denen, die wir die „gemäßigt Extremen“ nennen könnten, und 5 von den entschieden Extremen seyen. Kommt es zu einer förmlichen Verfassung des Staatsrunders, so hat die Partei der „That“, gestützt auf die Gesinnungsgenossen im Lande, auch im katholischen Oberschwaben, sicher die Oberhand, denn die Gemäßigten ziehen sich, wie gewöhnlich, meistens zurück.

Die Jugend und die Arbeiter organisiren sich in ein Freikorps unter Anführung eines wegen seiner politischen Haltung verabschiedeten Artillerieleutnants.

Wenn die Krone der Ansicht ist, daß Stuttgart allein die Schuld an der jetzigen Bewegung trage, so ist sie in offenbarem Irrthum, denn aus allen Landestheilen bieten sich Zuzüger an.

Welche Begriffsverwirrung aber herrscht, mag daraus hervorgehen, daß der Abg. Nümelin, welcher in der Reichsversammlung von Anfang an konsequent für die Einheitsideen wirkte und schrieb, in Dohringen und Heilbronn von derselben Partei, die jetzt stürmischer als alle andern unbedingte Anerkennung der Verfassung verlangt, bei Besuchen daselbst mit Kagenmusiken und Steinwürfen empfangen ward, weil er für das Kaiserthum gestimmt hatte.

Der Beschluß der Kammer, welcher jeden Angriff auf die Reichsversammlung für ein Verbrechen erklärt, kann durch mißverständliche Auffassung schwere Folgen für die gesetzliche Ordnung haben. Wir werden wohl bald von gestühteten Beamten hören.

Leider aber ist der Ursprung dieses Wirrsals nicht in dem Volke zu suchen. Eine Rettung aus diesem Zustande ist nur von der Reichsversammlung zu erwarten.

Stuttgart, 23. April. Heute Vormittag ist folgende Proklamation des Königs erschienen:

Württemberg!

Seit 32 Jahren habe ich die Geschicke unseres gemeinschaftlichen Vaterlandes geleitet, habe ich nur einen Gedanken, nur eine Aufgabe, die Eurer steigenden Wohlfahrt und Zufriedenheit, verfolgt! In ersten und in guten Tagen habt Ihr mir vielfache Beweise Eures Vertrauens und Eurer Liebe gegeben, habt Ihr ein Beispiel von Eintracht zwischen Fürst und Volk geliefert, welches der Ruhm des Landes bei unsren Nachbarn und zugleich mein Stolz, so wie das beständige Ziel aller meiner Regierungsmühen war.

Württemberg, die Zeiten sind ernst; das Vaterland, das gemeinschaftliche wie das besondere, ist von vielen und großen Gefahren bedroht. Mehr als je gilt es, daß wir fest und einträchtig Hand in Hand gehen.

Wie Ihr, will auch ich ein großes, einig, und starkes Deutschland. Ich werde jedes Opfer freudig zu Gunsten eines so gemeinnützigen Zieles bringen. Wo es das wahre Wohl des gemeinschaftlichen Vaterlandes gilt, müssen alle Interessen, die großen wie die kleinen, schweigen.

Die Nationalversammlung hat das Verfassungswort ihrerseits vollendet; allein Ihr wißt, daß zwischen ihr und den größeren Regierungen Deutschlands zur Zeit noch eine Nichtverständigung über diesen hochwichtigen Gegenstand besteht. Ich für meine Person habe eine solche Verwicklung in keiner Weise herbeigeführt; da sie aber leider vorhanden ist, so gebieten Klugheit und Vorsicht, so erscheinen das wahre Wohl und eine gesicherte Zukunft unseres Vaterlandes, daß wir die Entwicklung derselben mit Ruhe und Zuversicht abwarten. Verlaßt Euch auf mein Fürsorge, es ist weder für Euch noch für Deutschland keinerlei Gefahr in einem solchen Verzuge. Eine vorschnelle Entschlußnahme von unserer Seite würde im Gegentheil die friedliche Lösung der Frage eher verkomplizieren und verzögern, als beenden und fördern. Obgleichs kann und wird die Ungewißheit darüber nicht lange mehr andauern.

Württemberg, vertraut Eurem Könige, der es wohl mit Euch meint; mißtraut den Einflüssen und den Reden aller Ehrgeizigen und aller Wähler, die sich selbst und Euch auf den Weg des Verderbens führen würden.

Es lebe die deutsche Einigkeit und die allseitig friedfertige, ruhige Lösung des Reichs-Verfassungswortes. Wilhelm.

Deutschland.

Karlsruhe, 19. April. (101. Sitzung der Ersten Kammer am 18. April, unter dem Vorsitze des Präsidenten, Sr. groß. Hoh. des Markgrafen Wilhelm.)

Das Präsidium gibt Kenntniß von einer Mittheilung der Zweiten Kammer, den von derselben angenommenen Entwurf einiger Abänderungen zum Vermögenssteuer-Gesetz betreffend.

Das Sekretariat zeigt die Einkunft einer Petition des badischen staatsärztlichen Vereins in Betreff der Reform des Medizinalwesens an. Frhr. Karl v. Gemmingen legt eine Petition des Frhr. v. Hundheim zu Ivesheim, die Aufhebung des Lehenverbands betreffend, vor.

Graf v. Kageneck zeigt an, daß der Kommissionsbericht über den Gesetzentwurf wegen Aufhebung des Lehenverbands fertig sey. Die gleiche Anzeige macht Oberforstath v. Gemmingen hinsichtlich des Berichts über das Budget des Finanzministeriums, Einnahmen und Lasten, Tit. VIII, allgemeine Kassenverwaltung, eigentlicher Staatsaufwand, Tit. I bis X. Derselbe zeigt ferner im Namen des abwesenden Oberforstmeisters v. Kettner an, daß der Kommissionsbericht über den Gesetzentwurf, einige Abänderungen am Forstgesetz betreffend, fertig sey. Die Kammer beschließt den Vordruck sämtlicher angezeigten Berichte.

Die Tagesordnung führt zur Erhaltung von Berichten der Petitionskommission durch Staatsrath v. Müdt. Derselbe berichtet zunächst über eine Bitte der Ortsvorstände im Amt Salem um Belassung des Amtssitzes oder Errichtung eines Amtsgerichts in Salem. Der Antrag, dieselbe dem Staatsministerium zur thunlichen Berücksichtigung zu übergeben, wird sofort angenommen.

Hinsichtlich einer Petition der Kajetan Heisler's Witwe und deren Tochter Maria Anna in Scherzingen, Beschwerde wegen vorenthaltener Bürgerzugungen betreffend, beantragt die Petitionskommission, unter Bezugnahme auf die früheren Beschlüsse des Hauses über Petitionen derselben Bittstellerin in gleichem Betreff, und weil Kajetan Heisler zur Zeit des angeblich vorenthaltene Bürgerzugungen nicht in Scherzingen seinen Wohnsitz hatte, die Tagesordnung. Denselben Antrag stellt dieselbe hinsichtlich einer Petition des Kajetan Zeller in Scherzingen wegen angeblich verweigerter Bürgerzugungen, weil derselbe zum Eintritt in den Genuß des Bürgerzugens zur Zeit noch nicht berechtigt, vor etwaiger künftiger Benachtheiligung aber durch ein auf seine frühere Beschwerde ergangenes Ministerialreskript gesichert sey. Beide Anträge der Petitionskommission werden angenommen und die Sitzung geschlossen.

Karlsruhe, 21. April. (172. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer, unter dem Vorsitze des ersten Vizepräsidenten Keller.)

Beim Beginne der Sitzung bringt Schaaff die schnelle Erledigung, beziehungsweise Berichterstattung über denjenigen Theil des außerordentlichen Budgets in Erinnerung, welcher von Straßenbauten und von öffentlichen Arbeiten handelt, damit den unbemittelten Staatsangehörigen und insbesondere jenen im Obenwalde der ihnen so nöthige Verdienst verschafft werden könne. Da der Berichterstatter (Buhl) wegen Unpäßlichkeit nicht anwesend ist, so wird durch andere Mitglieder der Budgetkommission die Zusicherung ertheilt, daß der betreffende Bericht bereits vollendet sey, schon in der künftigen Woche in der Kommission verlesen, und sofort der Kammer vorgelegt werden solle.

Hierauf wird der von Baum erstattete zweite Ausschussbericht über den Gesetzentwurf, die Verhältnisse der Volksschulen in Gemeinden gemischten Bekenntnisses betreffend, zur Verathung ausgesetzt, und durch letztere die heutige Sitzungszeit vollständig in Anspruch genommen.

Jener Entwurf, wie ihn die Regierung vorgelegt, ist schon früher von der Zweiten Kammer fast unverändert angenommen worden; er ging von dem Grundsatz aus, die Vereinigung der Bekenntnisschulen und deren Umwandlung in Gemeindegemeinschaften zu erleichtern und zu befördern, dabei aber jeden Zwang möglichst zu vermeiden.

Die Erste Kammer, an welche derselbe zur ebenfälligen Verathung und Zustimmung gelangte, sendete ihn mit Abänderungen und Zusätzen zurück, auf die von Seite der Kommission nicht eingegangen, sondern vielmehr der Antrag gestellt wird, auf der früheren Fassung zu bestehen, und eher das Gesetz selbst fallen zu lassen, als von dem darin konsequent durchgeführten Prinzip abzugehen. Für den Fall, daß das Gesetz nicht zu Stande komme, spricht die Kommission die Hoffnung aus: die Regierung werde in der Zwischenzeit, nämlich bis zur nächsten Ständeversammlung, zu Gunsten der schwerbelasteten Gemeinden den §. 32 des Volksschullehrer-Gesetzes vom 28. August 1835 im Weg eines Provisoriums aufheben.

Die von Seite der Regierungsbank (Ministerialrath Weizel) und der Abgg. Zell, Prestinari, Böhm, Schmitt, Bissing, und Zentner bei den einzelnen Artikeln theilweise gemachten Vereinigungsversuche und gestellten weiteren Anträge erhalten keine Majorität in der Kammer, werden vielmehr abgelehnt, und bei der Endabstimmung der Gesetzentwurf in seiner früheren Fassung mit allen Stimmen gegen zwei (Kieser und Zell) nach den Anträgen der Kommission angenommen.

Nastatt, 24. April. (Berichtigung.) In Folge des in der heutigen Nummer der Karlsruher Zeitung erstatteten Berichtes aus Nastatt findet sich der Einleger des bezüglichen Artikels in Nr. 94 dieses Blattes zur Berichtigung jeden Mißverständnisses zu erklären veranlaßt, daß er, wie in der heutigen Korrespondenz richtig vorausgesetzt, beim Austrücken der österreichischen Artillerie aus der Kaserne nicht anwesend war, daher auch nur, — und zwar als unbetheiligter, dem Zivilstande angehöriger Zuschauer der Abschiedsfeier im Bahnhof, Bericht erstattete.

Wannheim, 22. April. Der §. 4 des Gesetzentwurfs über das Verfahren bei den Amtsgerichten hat eine Meinungsverschiedenheit zwischen der Ersten und der Zweiten Kammer unserer Landstände hervorgerufen. Die Erste Kammer hat diesen Paragraphen gestrichen, indem sie es für unbillig erachtete, die Parteien in dem Rechte, sich durch Rechtsverständige vertreten zu lassen, zu beschränken. Die Zweite Kammer beharrt auf ihrer früheren Ansicht und auf Beibehaltung des Paragraphen, um die Parteien vor der Unannehmlichkeit zu schützen, in geringfügigen Prozessen in Kosten zu gerathen, welche mit der Größe des Streitgegenstandes in keinem Verhältnisse stehen. Wer hat nun Recht? —

Uns scheint der richtige Gesichtspunkt in der Mitte zu liegen. Unzweifelhaft ist das Prinzip der Ersten Kammer, welches auf dem freien Vertretungsrechte beruht, der Theorie nach das richtige, und stimmt auch völlig mit den in neuerer Zeit in allen Beziehungen durchdringenden Ideen über persönliche Freiheit überein, wogegen die Ansicht der Zweiten Kammer sich mehr dem abgekommenen Bevormundungsprinzip anschließt. Nichtsdestoweniger scheinen uns viele Thatsachen dafür zu sprechen, daß nach der Erfahrung im praktischen Geschäftsleben eine Beschränkung des Vertretungsrechtes in geringfügigen Rechtsstreitigkeiten heilsam ist. Wir würden sogar noch weiter gehen, als der Gesetzentwurf, und würden solche geringfügige Sachen von aller Form irgend eines prozessualischen Verfahrens entfesseln.

Dagegen scheint uns der von der Zweiten Kammer aufrecht erhaltene Entwurf in der Beziehung zu weit zu gehen, daß er die Freiheit des Vertretungsrechtes bis zur Streitsumme von 250 fl. beschränkt. Die Prozesse, bei denen es sich um Streitsummen von dieser Größe handelt, gehören nicht mehr zu den geringfügigen, indem an solchen Summen oft die Existenz ganzer Familien hängt.

Es scheint uns daher, man sollte die Beschränkung des Vertretungsrechtes nicht ganz aufheben, sollte sie aber nur bei geringfügigen Prozessen eintreten lassen. Anhaltspunkte hierfür sind in unserer Gesetzgebung enthalten. Man könnte z. B. die Appellationssumme von 50 fl., oder die Summe, welche den Zeugenbeweis noch zuläßt, also 75 fl., oder die Summe, welche das abgekürzte Verfahren begründet, also 100 fl., als Maßstab annehmen.

Mit einer solchen Beschränkung wäre gewiß auch die Erste Kammer einverstanden. Allein bei der Ausdehnung dieser Beschränkung bis zur Summe von 250 fl. ist man ganz bestimmt zu weit gegangen und hat dadurch das Kind mit dem Bade ausgeschüttet. Es wäre die Einschlagung eines solchen Mittelweges im Interesse der Rechtssuchenden sehr zu wünschen, und sollte die Erste Kammer bei der Wiederberathung des Gesetzes Einiges von dem Prinzipe des freien Vertretungsrechtes aufopfern, so würde die Zweite

Kammer wohl ohne Zweifel auch ihrerseits Einiges von den ängstlichen Objorge für das Wohl des blinden Volkes nachlassen.

Hannau. Die Hanauer Zeitung kündigt an, daß sich in den nächsten Tagen von Hannau aus eine „Freischaar von 140 wohlbewaffneten Männern“ nach Württemberg in Bewegung setzen werde, um dem Volke dort werththätigen Beistand zu leisten; von andern Städten werde dem Vornehmen nach ebenfalls Zuzug nach Württemberg vorbereitet.

Dresden, 20. April. (D. Allg. Z.) Wie man hier wissen will, so soll der sächsische Bevollmächtigte bei der Zentralgewalt in Frankfurt a. M. Instruktionen erhalten haben, dahin lautend: für den Fall, daß sich für Anerkennung der deutschen Reichsverfassung eine Majorität der deutschen Regierungen herausstelle, den Beitritt der sächsischen Regierung zu erklären.

Reudersburg, 17. April. (Hamb. wöch. Nachr.) Paludan's Bericht, datirt Reudersburg den 8. April, ist auf eine eigenthümliche Weise an das dänische Hauptquartier gelangt. Paludan richtete an die Statthaltertschaft das Verlangen, man möge seinen Rapport über das Eckernförde Treffen an das dänische Kriegsministerium gelangen lassen. Die Statthaltertschaft sendet darauf die Depesche an den General Wittvitz zur weiteren Besorgung. Dieser sitzt gerade mit seinen Offizieren bei der Mittagstafel, und wirft scherzend die Frage auf, ob etwa einer der Herren Lust habe, als Parlamentär den Dänen den Uriasbrief zu überbringen. Der mit an der Tafel sitzende v. d. Tann, der mit seiner ritterlichen Tapferkeit den lebenswürdigsten Humor verbindet, er bietet sich sogleich, dieses Geschäft zu übernehmen. Der General überreicht ihm die Depesche, worauf er sich zu Pferde setzt und nach Kriegsbrauch einen Trompeter münimt. Durch die erste Vorpostenkette kommt er unbemerkt, und als man auf der zweiten ihn auch nicht zu bemerken scheint, läßt er das Parlamentärssignal blasen. Nun werden die Dänen seiner ansichtig, während er vom Pferde herab die Befestigungswerke der Feinde ruhig überschaut. Sie rufen ihm auf dänisch zu, er solle mit dem Pferde sich umkehren; er aber stellt sich, als verstehe er diese Rede nicht. Darauf kommen sie heran, drehen den Gaul um, nöthigen ihn, abzusteigen, und führen ihn mit verbundenen Augen zum kommandirenden General.

Dieser empfängt in Gegenwart seines Generalstabs die fatale Nachricht und richtet darauf an den Ueberbringer die Frage, ob er sonst noch Etwas an- und vorzubringen habe, welches derselbe verneint und im höflichsten Tone die Gegenfrage macht, ob sonst Etwas zu Befehl stehe. Der General antwortet gleichfalls verneinend, nimmt aber Veranlassung, den ihm besonders auffallenden Parlamentär zu fragen: Darf ich fragen, mit wem ich die Ehre habe, zu sprechen? „Ich bin der Oberstleutnant v. d. Tann“, antwortet dieser, und als hätte Banks's Geist geredet, stehen die dänischen Kriegshelden verblüfft da, und von der Tann verließ sie zur selbigen Stunde, um ihnen bald darauf auf den Düppeler Höhen einen zweiten Besuch abzustatten.

Apenrade, 20. April. (S. Börsenh.) Heute ist der Vortrag der schleswig-holsteinischen Armee, nämlich das erste Jägerkorps, das 9. und 10. Infanteriebataillon, nebst Artillerie und Kavallerie, in Jütland eingerückt.

Gaderleben, 17. April. (Alt. Merk.) Heute passirte der Adjutant des Generals v. Bonin, Hauptmann Treschow, mit zwei dänischen, noch unkonfirmirten Kadetten hier durch, die zu der bei Eckernförde gefangenen dänischen Marine-Mannschaft gehörten. Der Adjutant war beauftragt, genannte Kadetten in Fridericia abzuliefern, indem wir, wie es in dem Begleitschreiben des Generals Bonin heißen soll, keinen Krieg mit unmündigen Knaben führen, und diese demnach besser bei ihren Eltern aufgehoben seyn möchten.

Berlin, 21. April. Unsere Regierung hat sich endlich offen und unumwunden in der deutschen Frage ausgesprochen. Ob damit die Würfel über die Geschicke unseres großen deutschen Vaterlandes geworfen sind, muß sich bald entscheiden. Die Antwort, welche noch gestern der Ersten Kammer verweigert wurde, weil die Verhandlungen noch schwebend seyen, ist heute in Folge des Kommissionsberichtes über den Antrag von Robbertus und Genossen, und nach einem etwas über das äußere Maß der Höflichkeit hinausgehenden Angriffe des Hrn. v. Vinde auf das Ministerium, welches mit den Volksvertretern Berstedens spielte, in der Zweiten Kammer gegeben worden.

Der Kommissionsbericht verlangte, die Regierung möge den in ihrer Zirkularnote vom 3. April bezeichneten Weg zur Einigung Deutschlands verlassen, da die Kammer nur in Annahme der Kaiserwürde auf Grund der deutschen Reichsverfassung und unter Voraussetzung der Zustimmung der deutschen Regierungen den geeignetsten Weg, zum ersehnten Ziele zu gelangen, erblicken könne.

Der Minister des Auswärtigen entschuldigte das bisherige Benehmen der Regierung mit der alten diplomatischen Gewohnheit, über noch oberschwebende Verhandlungen zu schweigen, da vorzeitige Veröffentlichungen dem guten Erfolge sehr leicht nachtheilig würden; dagegen gab der Ministerpräsident mit einer Entschiedenheit, wie wir sie bisher nicht an ihm gewohnt waren, folgende bestimmte Erklärungen:

- 1) Die Regierung ist sich bewußt, den von ihr in der Zirkularnote vom 23. Januar vorgezeichneten Weg zu einer innigern und kräftigern Vereinigung der deutschen Staaten nicht verlassen zu haben; sie hat immer die deutsche Einheit angestrebt; leider aber ist ihr Streben bis jetzt ein schöner, unerfüllter Traum geblieben.
- 2) Da eine Vereinigung aller deutschen Staaten eine Unmöglichkeit war, so hat sie im großen Staatenbunde einen engeren Bundesstaat bilden wollen, und demgemäß
- 3) im Vereine mit 26 andern deutschen Regierungen der

on der... nach... sich in... ar von... in Be... nehmen... an hier... er Zee... haben... ung der... reusen... en Ne... Palu... auf eine... gelangt... langen... Treffen... Die... General... ade mit... herzend... is Par... Der... ritter... rinbet... Der... sich zu... er mi... emerkt... merken... werden... e herab... t. Sie... ich um... de nicht... öbigen... en zum... abs die... ger die... n habe... Gegen... General... lassung... fragen... rechen... dieser... änschen... ließ sie... Dippel... er Vor... als erste... bt Al... passierte... eschow... r durch... Marine... gt, ge... air, wie... inen soll... d diese... hten... ch end... ausge... unferes... ch bald... Ersten... en noch... erichts... ad nach... hinaus... terium... in der... öge den... Sur zur... in Weg... Reich... ung der... sehten... sberige... en Ge... schwe... lge sehr... rpräsi... nicht an... : in der... n Weg... ng der... sie hat... er ist... Traum... en eine... enbund... dem... gen der

deutschen Nationalversammlung nach der ersten Lesung der Reichsverfassung geeignete Veränderungs- und Verbesserungsvorschläge zur Berücksichtigung vor der zweiten Lesung gemacht. Diese Vorschläge sind aber von der Frankfurter Versammlung so gut wie gar nicht berücksichtigt worden. Die Reichsverfassung, welche aus der zweiten Lesung und Abstimmung hervorgegangen, ist eine solche, daß das Ministerium sich außer Stande sieht, sie unbedingt anzuerkennen.

Der Ministerpräsident setzte hinzu, er erkenne die große Gewalt der öffentlichen Meinung an, aber nur, wie ein erfahrener und besonnener Steuermann die Gewalt von Wind und Wetter und Wogen anerkenne. Lasse der Schiffer sich von diesen tragen und fortführen, so werde er nie, nie den sicheren Hafen erreichen.

Diese Erklärung ist unberechenbar in ihren Folgen. Wenn unser Ministerium auch in jeder andern Beziehung vielleicht noch eine schwache Majorität für sich hat: — in der deutschen Frage hat es eine entschiedene und starke Majorität gegen sich. Für die Dringlichkeit des Robbertus'schen Antrags ergaben sich bei namentlicher Abstimmung 216 Stimmen, gegen dieselbe nur 113, und dabei ist noch in Aussicht zu bringen, daß sämtliche Polen dagegen stimmten. Als nach der Erklärung des Ministeriums Hr. v. Bismarck-Schönhausen die Tribüne bestieg und einestheils dem Ministerium sein volles Vertrauen aussprach, andertheils die deutsche Reichsverfassung mit nicht unglücklichem Wig einer scharfen Kritik unterwarf und zuletzt den Uebergang zur Tagesordnung beantragte, erhoben sich auf die Anfrage des Präsidenten nur etwa 15-20 von der rechten Seite für diesen Uebergang.

Von Bedeutung war in der heutigen Sitzung ferner die Erklärung des Ministers des Innern. Die Regierung gehe einen „deutschen“ Weg. In dem gegenwärtigen Augenblicke der Gefahr sey Konsequenz das Nothwendigste, und diese verfolge die Regierung: — Deutschland sey vor Krankheit zu bewahren. Die Regierung trenne nicht Preussens Stärke von Deutschlands Stärke. Deutschland zerfalle seit 600 Jahren. Preußen wachse seit 400 Jahren. Preußen unbedingt Deutschland zum Opfer zu bringen, sey ein Unrecht.

Stettin, 18. April. (Konst. Z.) Der bei Stralsund auf den Sand gelaufene dänische Kutter hatte sich bei Eintritt der Fluth wieder losgemacht, und war also bei Anknüpfung des „Adlers“ nicht mehr dort; doch soll er nur dadurch flott geworden seyn, daß er seine sämtlichen Kanonen über Bord geworfen, welche wohl von unsern Schiffen ohne große Schwierigkeit aus dem Strandsande heraus zu holen seyn werden.

Köln, 19. April. (Fr. D. V. A. Z.) Vor den hiesigen Rissen wurde gestern der Prozeß eines Menschen verhandelt, welcher angeklagt war, im September v. J. hier an Barricaden gebaut und in einem Waffenladen Waffen genommen zu haben. Der Angeklagte, der übrigens mit der Kriminaljustiz schon in manchem Konflikt gewesen war, war dessen, worüber man ihn beschuldigte, geständig, und glaubte sogar Heldenthaten verrichtet zu haben. Die Geschwornen sprachen diesmal das „Schuldig“ aus, und das Urtheil lautet auf fünf Jahre Kettenstrafe oder Eifen.

Da bisher noch alle ähnlicher Verbrechen Angeklagten frei ausgegangen wären, da die Geschwornen noch immer das Nichtschuldig ausgesprochen, so machte dieses Urtheil einen gewaltigen Eindruck.

Wien, 20. April. (Allg. Z.) Die Insurgenten unter Görgey behaupteten noch vor vier Tagen ihre Stellung zwischen dem Fluße Gran und der Eipel. Ein starkes Korps bildet die Vorhut in Kewa, das Zentrum steht in Zpolyshag, und die Nachhut ist noch immer unten, nicht weit vom Ausfluß der Gran in die Donau, wo die Insurgenten — bei Parany zurückgeschlagen — zwei Stunden von diesem Ort eine feste Stellung nahmen. Man glaubt hier, daß Baron Welden heute einen allgemeinen Angriff auf diese Stellungen unternehmen werde.

Von Neutra sind 5000 Mann über Berebely nach Lewa unter General Wohlgenuth. Welden wird vermutlich selbst die Nachhut der Insurgenten von Gran aus angreifen.

Ueber das Hauptkorps der Insurgenten vor Pesth weiß man nichts Bestimmtes; so viel scheint gewiß, daß außer einigen Husarenwadronen und einiger Artillerie nur der zusammengelaufene Landsturm noch die vorige Stellung des Dembinski'schen Korps innehat. Ob das Korps selbst dem Görgey an den Fluß Gran zu Hilfe zog, oder über Miskolcz dem General Vogel entgegenmarschirte, ist nicht zu erfahren. Man sagt, daß der Banus ebenfalls heute die vor Pesth noch lagernden Insurgenten, deren Hauptstärke gegen Sorofar zu noch aus regulären Truppen besteht, angreifen und so die kaiserliche Armee auf allen Punkten die Offensive ergreifen werde.

Durch die Vernichtung der Kommunikationsbrücke zwischen der Festung Komorn und dem Brückenkopf ist die 2000 Mann starke Besatzung des letzteren in eine üble Lage gerathen, daher man die Uebergabe des Brückenkopfs in einigen Tagen erwartet.

Von Mailand lauten die Berichte wieder günstiger für den Frieden, doch ist man sehr entrüstet über die feindselige Politik des Lord Palmerston; denn während Frankreich offen und aufrichtig zu Werke geht, ist das Benehmen des englischen Bevollmächtigten arglistiger, als je; das Wiener Kabinett soll deshalb dem hiesigen englischen Botschafter eine energische Note übersendet haben.

Wien, 20. April. Nach den neuesten Nachrichten aus Ungarn standen die Armeen unweit Gran einander gegenüber. Der äußerste Flügel der Insurgenten lehnte sich an das Pesther Stadtwaldchen an, ein anderer hielt die Steinbrucher Gegend besetzt. Die Insurgentenarmee stand unter dem Befehl Görgey's.

An der heutigen Börse war das Gerücht verbreitet, der englische Gesandte habe seine Pässe verlangt; man schrieb

den kleinen Rückgang der Fonds diesem Gerüchte zu, das übrigens noch in keiner Weise beglaubigt ist.

Schweiz.

Bern. (Bern. Z.) Es soll, wie wir vernehmen, von der französischen Regierung eine Note an den Bundesrath gelangt seyn, worin auf die „Evolution“ in Biel aufmerksam gemacht und Maßnahmen gegen die Umtriebe deutscher Flüchtlinge verlangt werden.

Italien.

Sizilien. (Vasl. Z.) Privatnachrichten, die nach Bern gekommen sind, bestätigen der Hauptsache nach vollkommen, was das „Portafoglio“ von Malta über die Einnahme von Catania und die Uebergabe von Syrakus mitgetheilt hatte, so daß die sizilianischen „Buletins“ nicht mehr Glauben verdienen, als die durch ihre notorische Falschheit berühmten piemontesischen. Der Hauptinhalt der erwähnten Nachrichten ist folgender:

Catania, 8. April. Der erste Erfolg des Feldzugs gegen die Insurgenten war die Einnahme von Taormina, das am 3. nach geringem Widerstande genommen wurde. Die einmarschirende Division Neapolitaner wurde von den Einwohnern freundlich empfangen. Die sizilische Armee, ungefähr 24,000 Mann stark und von dem polnischen General Mikroslawski befehligt, zog sich auf Catania zurück, um dort eine feste Stellung einzunehmen. Den 6., nach einem Gefecht von ein paar Stunden, wurden die starken Positionen von den Sizilianern geräumt, obgleich die neapolitanische Armee nicht über 13- bis 14,000 Mann zählte. Die Fremdenlegion hielt sich besonders schlecht und ergriff die Flucht. Inzwischen wurde Abends zwischen 7 und 9 Uhr in der Stadt lebhaft gefochten, und in dem Straßenkampf erlitt die Armee den meisten Verlust. Am 9. Uhr aber war ganz Catania von den 7. Truppen eingenommen; die sizilische Armee wurde vollkommen zerstreut. In etlichen Quartieren ging das Feuer auf. Gleichzeitig zeigte Syrakus seine Unterwerfung an, und wurde friedlich von den Truppen besetzt. Von da soll jetzt der Angriff auf Palermo geschehen. Die 1. Armee hatte an Todten: 3 Offiziere und 300 Mann; das 4. Schweizerregiment an Offizieren: 1 todt, 6 meist leicht verwundet (darunter Oberst v. Muralt); an Mannschafft: 7 Todte und 38 Verwundete. Die Schweizer fochten mit ihrer gewohnten Tapferkeit. Die Brigade Muralt, bestehend aus dem 3. und 4. Schweizerregiment und einer Abtheilung Neapolitaner, hat ihr Quartier im Benediktinerkloster in Catania.

Der „Semaphore“ meldet: Nachrichten aus Palermo vom 12. bestätigen zwar, daß die Sizilianer unter Mikroslawski Catania, nachdem es von Neapolitanern eingenommen war, wieder erobert haben; allein Tags darauf griffen diese von neuem an und besetzten Catania nach hartnäckigem Kampfe neuerdings. Die sizilische Kolonne, die größtentheils aus Franzosen bestand, hat viel gelitten und sich vollkommen desorganisiert gegen Palermo zurückgezogen.

Frankreich.

Paris, 22. April. Gestern sollte in dem Saale der Straße Martel, dem bekannten Lokal der sozialistisch-demokratischen Versammlungen, eine „vorbereitende Wahlversammlung“ für „sozialistisch-demokratische Militärapersonen“ abgehalten werden. Die Regierung hatte die Umgegend durch starke Truppenabtheilungen besetzen lassen, und einige Unteroffiziere, die sich in den Saal Martel begeben wollten, wurden verhaftet. Zahlreiche Patrouillen durchstreiften noch bis spät in die Nacht hinein die Stadt.

Hr. Proudhon hat keineswegs den Weg ins Ausland eingeschlagen; er denkt nicht daran; im Gegentheil, er will sich hier verheirathen, und zwar mit der Tochter eines „Bourgeois“, eines „Geldbrogen“. Ein reicher Stoff für den Spott seiner Gegner! Nachdem er sich in Angriffen auf das „Kapital“ heiser geschrien hatte, fiel es ihm schließlich ein, Bankier zu werden, und jetzt, um die Abfassung des Eigenthums und der Familie zu krönen, geht er auf Freierversüßen und meldet sich in dem Tempel der Häuslichkeit. Der Vater seiner Erbhöhren scheint ihm zwar ausnehmend geringe „Sympathien“ zu widmen; allein da das Töchterchen will, wird die Sache vermutlich ausgehen, wie im letzten Acte eines Lustspiels.

Der bekannte russische Flüchtling Zwan Golowin, der sich in der letzten Zeit durch Artikel in den sozialistisch-demokratischen Blättern auszuzeichnen suchte, hat den Befehl erhalten, Paris binnen 24 Stunden zu verlassen. Man hat ihm auf der Polizeipräfektur erklärt, daß Ausländer, welche gegen die Regierung der Majorität feindselig gesinnt seyen, nicht mehr in Paris geduldet werden können.

Die von dem „Messager des théâtres“ verbreitete Nachricht, Rossini sey in den Disharmonien Italiens nährlich geworden, bestätigt sich nicht. Der alte Maestro soll sich vielmehr, obwohl er allerdings von den politischen Wühlereien Einiges zu leiden hatte, vollkommen bei Troste befinden.

Oberst Frapollis, der „außerordentliche Bevollmächtigte“ der römischen Republik bei der französischen Regierung, hat gegen jede Landung französischer Truppen auf dem Gebiete der Republik protestirt, sofern sie ohne vorhergegangene Benachrichtigung und ohne die Zustimmung der durch den Willen des römischen Volkes eingesetzten Regierung stattfinden würde.

Die „natürlichen Allirten“ Deutschlands, wie man in Krähwinkel die Franzosen zu nennen pflegt, können ihre Freude nicht bergen, daß das große und einige Deutschland in zwei Stücke auseinander falle. Der Bruch, meint man hier, werde ein gewaltsamer werden, und „seiner Zeit“ in einen „Krieg“ ausgehn. Gruß und Bruderschaft!

Vermischte Nachrichten.

Was man in Bremen schon früher behauptete, wird jetzt auch von Hamburg aus zugesandt: die in Hamburg für die deutsche Flotte gekauften Schiffe taugen Nichts, und das Geld ist hinausgeworfen. Die Hamburger Börsenhalle sagt darüber: „Der erste Versuch, eine Marine zu gründen, ist von Hamburger Privatnen ausgegangen, mußte aber als ein gänzlich verfehlter angesehen werden; denn zwei Kauffahrtschiffe austrüsten, um Fregatten zu bekämpfen, kann nur — ein Fehlgriß seyn. Dennoch wurden diese beiden Schiffe für Rechnung der deutschen Marine gekauft. Das eine, welches 14 Kanonen zwischendecks, und unerhörter

Weise eine Toplast von 18 Kanonen auf dem oberen Deck hat, nannte man eine Fregatte, während in der Wirklichkeit ein so bewaffnetes Schiff, nämlich mit 32 Kanonen auf zwei Decks, in gar keine Klasse gehört. Das andere Schiff wurde mit 14 Kanonen bewaffnet und Korvette genannt, obgleich es in den letzten 50-60 Jahren nirgends eine Korvette gegeben hat, die weniger als 22 Kanonen führte, und heutzutage werden Schiffe mit 30-36 Kanonen, die sonst Fregatten waren, nur Korvetten genannt. Ferner wurden drei Dampfschiffe, ebenfalls nicht für den Krieg gebaut, gekauft und bewaffnet; doch blieben, wie jeder Seemann voraussehen konnte, diese fünf für schweres Geld gekauften und zugerichteten Schiffe vor Hamburg liegen, und eben so ruhig segelten die Dänen die Blosade der Elbe fort. Der Stand dieser Angelegenheit ist jetzt folgender: Die zwei in Hamburg ausgerüsteten Schiffe liegen abgetaktet und ohne Besatzung im Hafen, und dem größeren soll, wie gesagt wird, die obere Batterie abgenommen werden. So lange eine dänische Fregatte vor der Elbe ist, werden diese Schiffe doch nicht in See gehen. Zwei von den hier gekauften Dampfern sind ebenfalls unthätig; der dritte liegt auf der Weser ohne Kessel, der erst in zwei bis drei Monaten fertig seyn soll.“

Die Bamberger Zeitung bemerkt: In Frankreich fängt man endlich an, statt unerfüllbarer Versprechungen zur Beglückung der arbeitenden Bevölkerung an ausführbare und vernünftige Einrichtungen zur Verbesserung ihrer Lage Hand anzulegen. So hat die Stadt Lille einem jungen talentvollen Architekten, Foucheur, den Auftrag erteilt, nach seinen eingereichten Plänen großartige Wohngebäude für Arbeiter zu errichten; gesund, bequem, und wohlfeil, sind diese überdies für die Unternehmern mit keinen Kosten verbunden, sondern das darauf verwendete Kapital trägt mäßige, aber sichere Zinsen. Eine Waschanstalt und eine Badeanstalt wird mit den Wohnungen unentgeltlich benützt. In derselben Stadt hat sich auch ein Verein von Arbeitern gebildet, um Lebensmittel im Großen einzukaufen, wodurch sie dem Einzelnen viel billiger und besser zu Theil werden. Es sind bereits Versuche gemacht, Kartoffeln, Kohlen, sogar Kleidungsstücke anzuschaffen, und mit einem Bäcker Lieferungen zu kontrahiren, die günstige Resultate herausgefeßt haben. Unsere deutschen Menschenfreunde sollten doch ähnliche Einrichtungen ins Leben zu rufen suchen, und zwar auch solche, woran sich die Bedürftigen durch eigene Thätigkeit und eigene Mittel betheiligen können; nicht bloß Almosen, die Ehrgefühl und Thätigkeit tödten, sondern rathende, aufrichtende Theilnahme und geistige Unterhaltung sind die Gebildeten und Besessenen den Armen schuldig. Warum wenden die Reichen ihr Kapital nicht dazu an, Magazine für die Armen zu errichten, aus denen sie ihre Bedürfnisse gegen kleine Summen entnehmen können, ohne in die Hände wucherischer Zwischenhändler zu fallen, welche die wahren Blutsauger der Armut sind?

Frankfurter Kurzzettel. Staatspapiere.

	Frankfurt, 23. April.	Prz.	Papier.	Geld.
Oesterreich.	Metalliquesobligationen	5	77 3/4	77 3/8
"	"	4	60	59 3/4
"	"	3	45 1/2	45
"	Wiener Bankaktien		1188	1184
"	fl. 500 Loose		129 3/4	129
"	fl. 250 Loose von 1839		80 3/4	80 1/4
"	Reichmann'sche Obligationen	4	61 3/4	—
"	ditto	4 1/2	71 3/4	—
Preußen.	Preussische Staatsschuldcheine	3 1/2	81 1/4	81
"	50 Tplr. Prämiencheine		101 3/4	—
Baden.	Obligationen	3 1/2	77 3/4	77 1/2
"	50 fl. Loose vom Jahr 1840		48 3/4	48 1/4
"	35 fl. Loose vom Jahr 1845		28 3/4	28 1/4
Frankfurt.	Obligationen vom Jahr 1839	3 1/2	93	92 1/2
"	ditto v. J. 1846	3 1/2	89 1/4	89
"	ditto	3	78	77 1/2
"	Taunusaktien à 250 fl. ohne Div.		295	292
Kurhessen.	Partialloose à 40 Tplr. Preuss.		27 1/4	27 3/4
Bayern.	Bar. Aktien	3	—	615
"	Obligationen	3 1/2	79 3/4	79 1/4
Darmstadt	Obligationen	4	87 1/4	87 1/8
"	ditto	3 1/2	79 3/4	79 1/4
"	Partialloose à fl. 50		72 3/4	71 3/4
"	ditto à fl. 25		22 3/4	22 1/4
Rastau.	Obligationen bei Rothschild	3 1/2	81	80 1/2
"	Partialloose à fl. 25		21	20 3/4
Holland.	Integraten	2 1/2	50	49 3/4
Württemberg.	Obligat. b. Rothschild n. Erschein.	4 1/2	94 1/2	94
"	ditto	3 1/2	78 3/4	78 1/8
Sardinien.	Partialloose à fr. 36 b. Gebr. Bethm.		26 1/4	26 3/8
Spanien.	Espan. Ardoin's incl. 15 Coup.	5	—	—
"	ditto inländische	3	24 3/4	24 1/2
Polen.	fl. 300 Loose à 105 fr. pr. Compt.		—	95
"	Obligationen à fl. 500	4	74 1/2	74 3/8
Portugal.	Obligationen in L. St. à fl. 12	3	—	—

Frankfurt, 23. April. Auf bessere Kurse und günstigere politische Berichte von Wien war die Börse heute wieder sehr belebt, und namentlich wurde in Oesterreich Fonds zu böhern Preisen viel umgesetzt. Von Eisenbahn-Aktien sind für die Nordbahn und Verbach fast die gestrigen Preise bezahlt worden, und die niedrigeren Berliner Notirungen blieben unbeachtet. Anleihenloose, so wie süddeutsche Obligat. im Allgemeinen begehrt und fest im Preis. In 3/8 Spanischen ist der Handel auch sehr belebt gewesen, und sie blieben am Schluß gefast.

Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

	Am 28., 29. März.	Abends 9 U., Morg. 7 U.	Mitt. 2 U.
Luftdruck red. auf 10° R.	27.4.8	27.4.0	27.4.4
Temperatur nach Reaumur	4.5	2.9	8.8
Feuchtigkeit nach Prozenten	0.73	0.79	0.63
Wind und Stärke (4=Sturm)	ND ¹	ND ¹	ND ⁰
Bewölkung nach Zehnteln	0.9	0.5	1.0
Niederschlag Par. Kub. Zoll	—	—	—
Verdunstung Par. Zoll Höhe	2.2	2.0	2.7
Dunstdruck Par. Lin.	—	trüb.	trüb.
28. März.			
Therm. min.	2.4		
" max.	7.6		
" med.	4.8		
29. März.			
Luftdruck red. auf 10° R.	27.5.5	27.5.5	27.5.0
Temperatur nach Reaumur	6.0	1.8	12.2
Feuchtigkeit nach Prozenten	0.63	0.87	0.51
Wind und Stärke (4=Sturm)	SW ³	ND ⁰	ND ⁰
Bewölkung nach Zehnteln	0.7	0.1	0.5
Niederschlag Par. Kub. Zoll	1.0	—	—
Verdunstung Par. Zoll Höhe	—	—	—
Dunstdruck Par. Lin.	2.1	2.1	2.9
29. März.			
Therm. min.	0.9	ddr. trüb.	ddr. trüb.
" max.	9.8	vorder	heiter, Dufst.
" med.	5.6	Regen.	Reif, Eis.

Redigirt und verlegt von Dr. Friedrich Gießne.

Großherzogliches Hoftheater.
Mittwoch, 25. April, 65. Abonnementsvorstellung, erste Abtheilung: Garrick in Bristol, Lustspiel in 4 Aufzügen, von Deinhardstein. Vor dem Lustspiel: Walzer-Terzett; nach dem Lustspiel: Polka Russe, ausgeführt von den Fräuleins Amalie und Luise Beauval und Hrn. E. Beauval.
Donnerstag, 26. April, mit allgemein aufgehobenem Abonnement, zum Vortheil von Fräulein Georgine Fürst: Christinens Liebe und Entfagung, Schauspiel in 2 Aufzügen, nach dem Französischen von Th. Hell. Fräulein Georgine Fürst: Christine, zur letzten Gastrolle. Hierauf: Der Kurmärker und die Picarde, Genrebild in 1 Akt von Louis Schneider.
Freitag, 27. April, 66. Abonnementsvorstellung, zweite Abtheilung.

Todesanzeigen.
B.680. Karlsruhe. Am 21. d. M., früh 3 Uhr, entschlief sanft in dem Herrn nach kurzem Krankenlager meine liebe Gattin Luise Hofmann, geb. Große, im 33. Lebensjahre. — Indem ich in meinem und im Namen der tiefbetrübten Eltern und Geschwister diese traurige Nachricht allen Freunden und Bekannten mittheile, bitte ich um stille Theilnahme an dem schmerzlichen Verlust, der mich und meine 5 unmündigen Kinder betroffen hat.
 Zugleich spreche ich den Freunden und Bekannten, welche die Entschlafene mit zu ihrer letzten Ruhestätte begleiteten, so wie meinen Amtsgenossen für den tröstenden Gesang meinen herzlichsten Dank aus.
Karlsruhe, den 23. April 1849.
 W. Hofmann, Seminarlehrer.

B.597. [3]3. Rastatt. Alle entfernte Verwandte und Bekannte benachrichtige ich von dem schnellen Ableben des pensionirten Postexpeditors und Ritters des Karl-Friedrich-Militär-Verdienstordens, Josef Wersy, in Folge eines eingetretenen Lungenschlages.
Rastatt, den 19. April 1849.
 Im Namen der Hinterbliebenen:
 A. Wersy,
 Oberlieutenant und Regimentsadjutant.

B.565. So eben erschien bei Dehm & Müller in Braunschweig, und ist in der G. Braun'schen Hofbuchhandlung in Karlsruhe vorräthig:
Geschichte des Jahres 1848
 von
Eduard Brindameier.
 Mit den Porträts von H. v. Gagern, Erzherzog Johann, N. Blum, Lamartine, Cavaignac, und Louis Napoleon.
 gr. 8. elegant brochirt. Preis: 54 fr.
 Das obige, von einem unparteiischen Standpunkte aus geschriebene Werk umfasst in klarer Uebersicht alle denkwürdigen Ereignisse des verflohenen inhaltsschweren Jahres, und wird für Kind und Kindeskind ein wirkliches Gedenkbuch bleiben.

B.678. Karlsruhe.
Anzeige.
 Die astronomischen Materialien zu einem Kalender für das Jahr 1850 sind bei Unterzeichnetem um billigen Preis zu erhalten.
Karlsruhe, den 24. April 1849.
Dr. Otto Eisenlohr.
B.681. Karlsruhe.
Verein für erste Chormusik.
 Heute Abend halb 7 Uhr Probe.
B.665. Karlsruhe.
Anzeige und Empfehlung.
 Durch vortheilhafte Einkäufe dieser Diermesse bin ich in Stand gesetzt, alle möglichen in- und ausländischen Ledergeräthungen um auffallend billige Preise zu verkaufen.
Moritz Ettlinger'sche Lederhandlung,
 Langestraße Nr. 61, der polytechnischen Schule gegenüber.
B.666. Karlsruhe.
Logis zu vermieten.
 Waldhornstraße Nr. 22 ist der obere Stock mit 7 Zimmern und allen Erfordernissen sogleich oder auf den 23. Juli zu vermieten.
B.663. [2]1. Karlsruhe.
Logisvermietung.
 Eck der Amalien- und Karlsstraße Nr. 19 ist der zweite Stock zu vermieten, bestehend in einem Salon und 5 ineinandergehenden, tapetirten, und sämtlich heizbaren Zimmern, Küche, 2 Speisekammern, Keller, Holzplatz, nebst sonstigen Bequemlichkeiten, und kann sogleich oder auf den 23. Juli bezogen werden.
B.677. Karlsruhe. Une jeune personne de la Suisse française désire entrer de suite dans une bonne famille, ou de préférence dans une pension de la ville de Karlsruhe, pour s'y perfectionner dans la musique. Elle désirerait recevoir le logement, la pension et l'enseignement des langues allemande et anglaise qu'elle parle déjà, contre l'enseignement du français et du piano à des commencentés.
 Mais sa principale étude serait le piano, voulant se vouer à son enseignement.
 S'adresser à Monsieur C. F. Dürr à Karlsruhe.

B.679. Durlacher ärztlicher Bezirksverein.
Donnerstag, den 26. April, Mittags 2 Uhr, Versammlung in der Karlsburg in Durlach.
Der Geschäftsführer:
Dr. R. Wolz.
B.575. [3]3. Karlsruhe.
Kapital auszuleihen.
 Es sind Kapitalstücken von 5000 fl. bis 40,000 fl. an Gemeinden auszuleihen. Das Nähere theilt auf portofreie Anfragen die Expedition dieses Blattes mit.
B.617. [3]3. Karlsruhe.
Pferde-Verkauf.
 Im Haus Nr. 64 der Walostraße steht ein schön und gut dressirtes Reitpferd von Westfälischer Race, 7 Jahre alt, zu verkaufen.
Karlsruhe, den 21. April 1849.
B.664. Karlsruhe.
Verkaufsanzeige.
 Zwei noch neue Hobelbänke nebst dazu erforderlichen Werkzeugen und eine Partie verschiedenes Arbeitsholz sind zu billigen Preisen zu verkaufen.
 Langstraße Nr. 61 der polytechnischen Schule gegenüber.
B.647. [2]1. Lahr.
Zu verkaufen.
 Unterzeichnete ist gefonnen, ihren eigenthümlichen, nach bei der Stadt an der Landstraße nach Freiburg gelegenen sogenannten Stadtziegelhof nebst den dazu gehörigen Oefen und Gebäuden entweder aus freier Hand, bei sehr günstigen Zahlungsfristen, zu verkaufen, oder
 Montag, den 7. Mai d. J.,
 Nachmittags 2 Uhr,
 im hiesigen Rathsaule verkauften zu lassen.
 Lahr, den 23. April 1849.
 Joh. Jakob Schöpfer's Witwe.
B.646. [2]2. Schwyzingen.
Versteigerung.
 Nächsten Montag den 30. April wird meine Besizung zum zweiten und letzten Mal einer öffentlichen Versteigerung auf hiesigem Rathsaule Mittags 2 Uhr ausgesetzt.
Schwyzingen, den 23. April 1849.
 Dr. Tiedemann.
B.631. [3]2. Karlsruhe.
Für Kaufleute.
 In einer Amtstadt des Mittelrheinkreises ist ein zweistöckiges, von Stein erbautes Wohnhaus an der Hauptstraße, worin seit mehreren Jahren ein Spezerei-, Eisens-, und Langenwarengeschäft mit bestem Erfolg getrieben wird, aus freier Hand zu verkaufen. Auch können die vorräthigen Waaren und Ladeneinrichtung käuflich übernommen werden.
 Dieses Etablissement, welches in einer der schönsten und lebhaftesten Gegenden des Großherzogthums sich befindet, enthält zwei Magazine, eine geräumige Hofreue und Oefen- und Oefengebäude. Alle Gebäulichkeiten sind von Stein erbaut. Näheres bei der Expedition dieses Blattes.
611. [6]4. Straßburg.
Anzeige.
 Mme. Pfeiffer, Geburtshelferin, wohnhaft in der Langenstraße Nr. 52 in Straßburg, hat die Ehre, anzuzeigen, daß sie Kohlgängerinnen annimmt, und bei sorgfältiger Verpflegung das größte Intognoit beobachtet.
B.654. [2]1. Freiburg i. Br.
Bekanntmachung.
 Wir beabsichtigen, die Gasbeleuchtung in hiesiger Stadt einzuführen.
 Die Unternehmer, welche hierauf reflektiren wollen, mögen ihre Anerbieten mit ausführlichen Preisbestimmungen, und weitem Bedingungen, unter welchen sie alle zu diesem Unternehmen nöthigen Einrichtungen etc. zu treffen gefonnen sind, binnen 3 Monaten portofrei anbei einreichen.
 Freiburg im Breisgau, den 13. April 1849.
 Der Gemeinderath.
B.651. [3]2. R. Ludwigsalme Rappena.
Bekanntmachung.
 Dem öfteren Verlangen nach ganz feinem Tafelsalz zu entsprechen, wird diese Salzsorte nun bei hiesiger Saline fabrizirt, und in Paqueten zu einem Pfund verpackt — das Paquet um sieben Kreuzer abgegeben.
L. S. Rappena, den 21. April 1849.
 Grob. bad. Salinfabrik.
 M a l e r .
B.661. [3]1. St. Gallen.
Erledigte Stelle.
 Es ist an der Indusstrieschule in St. Gallen (Schweiz) die Professur der technischen Chemie und der Mathematik erledigt. Die Anmeldungen für diese Stelle sind bis spätestens Ende Mai dieses Jahres an den Präsidenten des Schulraths, Herrn Delan und Stadtschreiber Wirtz, mit Zeugnissen über wissenschaftliche Tüchtigkeit und sittlichen Charakter, einzuweisen. Die wöchentliche Stundenzahl des Unterrichts beträgt 24 bis 27 Stunden, und der jährliche fixe Gehalt ist 1100 Gulden, R. V. (ohne Wohnung). Die Anstellung geschieht für einmal auf sechs Jahre, und es wird besonderes Gewicht darauf gelegt, daß die Aspiranten in einer polytechnischen Anstalt gebildet worden, auch schon als Lehrer in einer Indusstrieschule gewirkt haben, und mit Rücksicht auf die Chemie im Laboriren wohl geübt seyen.
 Namens der Indusstrieschul-Kommission.
 Das Sekretariat derselben.
B.611. [3]3. Karlsruhe. (Buchversteigerung.) Nächsten Freitag, den 27. d. M., Vormittags 10 Uhr, werden auf groß Domäne Stutensee 56 Acker Weizen öffentlich versteigert werden, wozu wir die Liebhaber einladen.
 Grob. Outdverwaltung

B.628. [3]2. Nr. 4464. Haslach. (Aufforderung.) Die Rekruten Richard Engler von Haslach und Athanasius Derrmann von Haslach haben ihrer Einberufungsordre keine Folge geleistet, und ist deren dormaliger Aufenthaltsort nicht bekannt. Dieselben werden daher aufgefordert, binnen 6 Wochen dahier, oder der Gegend bei dem Kommando des Dragonerregiments Großherzog, zur Zeit in Lorrach, Legierer bei dem Kommando der Artilleriebrigade in Karlsruhe sich zu stellen, widrigens sie als Refraktäre behandelt und nach dem Gesetze vom 5. Oktober 1820, Reg. Bl. 15, bestraft werden würden.
 Zugleich ersuchen wir sämtliche groß. Polizeibehörden, auf dieselben zu fahnden und sie im Betretungsfalle hierher oder an die betreffenden Kommando's abzuführen zu wollen.
Signallement
 Richard Engler und Athanasius Derrmann.
 Alter, 21 Jahre. Alter, 21 Jahre.
 Größe, 5' 7". Größe, 5' 6".
 Statur, schlank. Statur, mittlere.
 Farbe d. Gesichts, gesund. Farbe des Gesichts, blaß.
 Farbe der Augen, braun. Farbe der Augen, braun.
 Farbe der Haare, braun. Farbe der Haare, schwarz.
 Nase, mittel. Nase, breit.
Haslach, den 17. April 1849.
 Grob. bad. Bezirksamt.
 J ü n g l i n g .

B.662. [3]1. Nr. 13,039. Bühl. (Aufforderung.) Den wegen Diebstahls dahier in Untersuchung gestandenen Seraphina und Margaretha Baumann von Gengenbach, Ersterer 18, Legierer 44 Jahre alt, soll ein vorgeschicktes Urtheil verurtheilt werden; es ist uns aber deren Aufenthaltsort unbekannt. Wir fordern nun dieselben auf, sich dahier zu stellen, und ersuchen zugleich sämtliche Behörden, sie im Betretungsfalle mit Kaufpaß anher zu weisen.
Bühl, den 18. April 1849.
 Grob. bad. Bezirksamt.
 S a c h s .
 vdt. Fintz, A. i.
B.637. Nr. 6950. Hüfingen. (Schuldenliquidation.) Gegen die Witwe des Joseph Kaufsch, Monika, geb. Dietrich von Hüfingen, haben wir Gant erkannt und Tagfahrt zur Schuldenliquidation und Vorzugsverfahren auf
 Mittwoch, den 23. Mai 1849,
 früh 8 Uhr,
 auf die hiesige Amtskanzlei anberaumt, wozu alle diejenigen, welche Ansprüche an die Gantmasse machen wollen, mit dem anher vorgeladen werden, solche in der angezeigten Tagfahrt bei Vermeidung des Ausschlusses von der Gantmasse anzumelden, und zugleich die etwaigen Vorzugs- und Interpandemstraßen zu bezeichnen, mit gleichzeitiger Anfertigung des Beweises mit Urkunden oder andern Beweismitteln.
 Zugleich wird in dieser Tagfahrt ein Massepfleger und Gläubigerausschuß ernannt, ein Borg- und Nachlassvergleich verhandelt, und in dieser Beziehung die Nichterscheinenden als der Mehrzahl der Erschienenen beistehend angesehen werden.
Hüfingen, am 14. April 1849.
 Grob. bad. Bezirksamt.
 C h a r d .
B.660. Nr. 7216. Adelsheim. (Schuldenliquidation.) Altkirchswirtheinrich Bauer von Rosenberg beabsichtigt mit seiner Familie nach Amerika auszuwandern.
 Zur Schuldenliquidation haben wir Tagfahrt auf
 Montag, den 30. April d. J.,
 Vormittags 9 Uhr,
 auf die hiesige Amtskanzlei anberaumt, wozu dessen Gläubiger zur Geltendmachung ihrer Ansprüche mit dem Bemerken vorgeladen werden, daß ihnen später zu ihrer Befriedigung nicht mehr verpöhlen werden kann.
Adelsheim, den 19. April 1849.
 Grob. bad. Bezirksamt.
 L e e r s .
 vdt. Werner, Akt.
B.656. [3]1. Nr. 9807. Freiburg. (Veräußerungserkenntnis.)
 In Sachen
 Joseph Knittel in Freiburg
 gegen
 Josef Wris in Ebnet,
 Forderung betr.,
 wird der thatsächliche Vortrag der Klage für zugestanden, jede Schulpredigt für veräußert erklärt und in der Hauptsache erkannt:
 es sey der zwischen den Partzien unterm 6. Februar 1848 abgeschlossene Kaufvertrag über eine Behausung nebst Garten und Dehle im Orte Ebnet für aufgelöst zu erklären unter Verfallung des Beklagten in die Kosten dieses Streits.
B. R. W.
 G r a n d e .
 In Erwägung, daß die Klage in L. R. S. 1582, 1602, 1184, 1654, 1655, begründet ist;
 in Erwägung, daß der Beklagte zur Tagfahrt am 13. l. M. laut den Beurkundungen öffentlich vorgeladen war, aber ausblieb;
 in Erwägung, daß dahier auf fl. Anrufen die angeordneten Veräußerungsnachtheile auszusprechen und zugleich in der Hauptsache zu erkennen ist;
 S. 253. 311. 330. 654. d. P. D. und Art. 5 d. P. R. vom 3. August 1837, Reg. Bl. Nr. 27.
 Aus diesen Gründen und der Kosten wegen unter Bezug auf S. 169 wurde, wie geschähen, erkannt.
 Vorstehendes Veräußerungserkenntnis wird dem auf kläglichem Fuße befindlichen Beklagten auf diesem Wege verkündet.
Freiburg, den 22. März 1849.
 Grob. bad. Landamt.
 W e g e l .
B.650. Nr. 8726. Bonndorf. (Erkenntnis.)
 S. G.
 der Cordula Ganter von Nihlingen
 gegen
 Johann Kügele von da,
 Forderung, legt Sicherungsarrest
 betreffend,
 wird auf gepflogene Verhandlungen zu Recht erkannt:
 1) Der unterm 7. März v. J. verfügte Arrest wird als fortwährend erklärt;
 2) die Thatsachen der Hauptklage selbst werden als zugestanden erachtet, Beklagter mit seinen Einreden ausgeschloffen, und Johann Kügele von Nihlingen für schuldig erkannt,
 binnen 14 Tagen,
 und bei Exekutionsvermeidung 150 fl. nebst

Sind vom 16. September v. J. an die Klägerin Cordula Ganter von Nihlingen, zur Zeit in Freiburg, zu bezahlen, und habe der Beklagte die Kosten zu tragen.
S. R. W.

So geschähen
Bonndorf, den 11. April 1849.
 Grob. bad. Bezirksamt.
 S i e d .
 G r a n d e :

In Erwägung,
 1) daß der Beklagte nach den eingekommenen Bescheidungen ordnungsmäßig vorgeladen worden;
 2) daß der Beklagte in der heutigen Tagfahrt unangehörig ausgeblieben;
 3) daß die Klägerin darum gebeten, daß der angeordnete Rechtsnachtheil ausgesprochen werde;
 4) daß durch die Vorlage des Schuldscheines die Ansprüche der Klägerin vollkommen erwiesen;
 5) daß die Arrestursache durch die angerufenen Amtsstellen gehörig bescheinigt, wurde mit Einsicht auf S. 686. 689. 693. 694. 253. 311. 654. 656. 169 der P. D. und L. R. S. 1582 und 1902 wie geschähen erkannt.
 Da der Aufenthaltsort des Beklagten unbekannt, so wird ihm hiemit das Urtheil durch die Blätter verkündet.
B.670. Nr. 10,076. Sinsheim. (Bekanntmachung.)
 J. S.
 des Apothekers Friedrich Maier in Heilbronn,
 gegen
 Apotheker Gustav Mayer von Sinsheim,
 Forderung betr.
 Wird der Beklagte angewiesen, die von seinem Spezialbevollmächtigten, dem Emil Perwig in öffentlicher Urkunde mit 14,000 fl. aus Darleihen und für Gleichstellungsgeld aus Erbtheilung als richtig anerkannte Forderung des Klägers in dem restlich noch schuldigen Betrage von 11,000 fl.
 binnen 28 Tagen
 bei Exekutionsvermeidung an den Kläger auszusahlen.
 Dieser unbedingte Befehl wird statt Einmündigung hiermit veröffentlicht, da sich der Beklagte auf kläglichem Fuße befindet.
Sinsheim, den 14. April 1849.
 Grob. bad. Bezirksamt.
 B o d e .

B.658. Nr. 10,575. Freiburg. (Bekanntmachung.) Am 1. April d. J. wurde in der Stablung des Peter Winterhalter in Umkirch 1 Ballen rohen 6/2 Viertel breiten Zwilch von 19 1/2 Ellen Maßgebalt, der wahrscheinlich gestohlen ist, aufgefunden; was wir mit dem Anfügen öffentlich bekannt machen, daß sich der etwaige Eigentümer baldigst anher zu melden habe.
Freiburg, den 3. April 1849.
 Grob. bad. Landamt.
 W e g e l .
B.671. [3]1. Nr. 8560. Redargemünd. (Straferkenntnis.) Nachdem sich die unten verzeichneten Konfiskationspflichtigen auf die diesseitigen Ausfertigungen vom 10. und 16. Januar bis jetzt nicht gestellt haben, so werden sie nunmehr nach Ansicht des S. 4 des Gesetzes vom 3. Oktober 1820 der Refraktion für schuldig erklärt und deshalb vorbehaltlich ihrer persönlichen Bestrafung im Betretungsfalle jeder in eine Geldstrafe von 800 fl. verurteilt, die des Oribenverurtheilten für verurteilt erklärt, und in die Kosten verurteilt.
 Altersklasse 1827.
 1) Georg Friedrich Engert von Oberschwärzach,
 2) Johann Georg Hößler von Bannenthal,
 3) Georg Adam Stoll von Michelbach,
 4) Joseph Müller von Angelloch,
 Altersklasse 1828.
 5) Karl Johann Adam Birkenfelder von Oberschwärzach,
 6) Kaspar Bauer von Spechbach,
 7) Franz Joseph Fürst von Lobensfeld,
 8) Konrad Philipp Greiff von Wimmersbach.
Redargemünd, den 17. April 1849.
 Grob. bad. Bezirksamt.
 S p a n g e n b e r g .
 vdt. Jäger.
B.635. [3]1. Nr. 9847. Engen. (Straferkenntnis.) Nachdem sich Kanonier August Ehrenberger von Engen auf die öffentliche Aufforderung vom 10. Januar d. J., Nr. 871, seither weder dahier noch bei seinem Kommando gestellt hat, so wird er nunmehr der Desertion für schuldig, des Oribenverurtheilten für verurteilt erklärt, und vorbehaltlich seiner persönlichen Bestrafung im Betretungsfalle in eine Geldstrafe von 1200 fl. verurteilt.
Engen, den 19. April 1849.
 Grob. bad. Bezirksamt.
 F i n e l e n .
B.641. [3]1. Nr. 11,378. Säckingen. (Präklusivbescheid.)
 J. S.
 mehrerer Gläubiger
 gegen
 die Gantmasse des Johann Zehle
 von Bergalingen,
 Forderung betreffend,
 werden alle Gläubiger, welche heute ihre Forderungen nicht angemeldet haben, von der vorhandenen Masse nicht ausgeschloffen.
B. R. W.
 So verfügt
Säckingen, den 10. April 1849.
 Grob. bad. Bezirksamt.
 S o s .
B.674. [3]1. Nr. 14,103. Bühl. (Entmündigung.) Martin Kraus von Barnbach wurde wegen Gemüthschwäche entmündigt, und Gemeinderath Thadäus Rapp von dort als Vormand für ihn aufgestellt, was hiermit bekannt gemacht wird.
Bühl, den 20. April 1849.
 Grob. bad. Bezirksamt.
 v. Reichlin.
B.667. [2]1. Karlsruhe. (Dienstvertrag.) Auf die seitigem Bureau wird die zweite Gehilfenstelle mit einem jährlichen Gehalte von 400 fl. vakant und der Platz kann sogleich, oder binnen 3 Monaten besetzt werden. Die Herren Kamerapraktikanten und Assistenten wollen sich, unter Anschluß ihrer Zeugnisse, baldmöglichst hierher wenden.
Karlsruhe, den 23. April 1849.
 Grob. bad. Domänenverwaltung.
 Dr. Herrmann.